

Der Befehlshaber der Sicherheitspolizei
und des SD - Oslo

107552

636

Oslo, den 14.4.1943

Tgb. Nr. 156/43 g

Chef

04

T=C

Geheim!

17. IV.

A. O. K. Norwegen (1c)

Eing.: 18. APR. 1943

Nr.: 2279 43g

Anl.: 2 x

A14/IIa ✓

Meldungen aus Norwegen

Nr. 54

HR

Ic

O. Cw. ✓

H. W. N. F. ✓

Vorliegender Bericht ist nur **persönlich** für den Empfänger bestimmt
und enthält Nachrichtenmaterial, das der Aktualität wegen **unüber-**
prüft übersandt wird.

A - Allgemeine Lage.a) Stimmung

Seite: 1 - 4

Stellungnahme der norwegischen Bevölkerung zur militärischen Lage - Die Aktion der deutschen Polizei in der Hardanger-Vidda - Stimmungsmässige Sonderentwicklung in Finnmark - Demonstrationen der Beamtenschaft in Aalesund anlässlich eines Besuches von Justizminister Riisnäs - Der dritte Jahrestag der deutschen Besetzung Norwegens - Demonstrationen in Drammen und Hønefoss.

b) Innerpolitische Entwicklung

Seite: 5 - 7

Krisenstimmung in führenden Partei- und Regierungskreisen - Wiederbelebung der Diskussion über einen Friedensschluß Deutschland - Norwegen.

B - Gegner.a) Allgemeine Widerstandsbewegung

Seite: 8 - 10

Die Aktion der deutschen Polizei in der Hardanger-Vidda - Illegale Flugblattpropaganda - Weitere Aufrollung der illegalen Militärorganisation - Landesflucht -

c) Kirche.

Seite: 11 - 12

Arbeitseinsatz gegnerischer Geistlicher - Denkschrift des kommissarischen Bischofs von Bergen Falck-Hansen über die kirchenpolitische Lage - Neugründung christlicher Jugendvereinigungen -

C - Lebensgebiete.a) Nasjonal Samling.

Seite: 12 - 16

Steigende Unzufriedenheit mit der Parteiführung - Personalpolitik Minister Fuglesangs - Neuer Fylkesführer in Oslo - Anhaltende Kritik an der Parteipropaganda - Einberufungen zur Førerгарde -

Panzergranadier-Regiment Norwegen.

Seite: 17 - 20

Die Werbung für das Panzergranadier-Regiment Norwegen - Auseinandersetzungen innerhalb der Parteiführung über Freistellungen für das Panzergranadierregiment - Das Panzergranadier-Regiment Norwegen als Stamm einer zukünftigen norwegischen Wehrmacht - Die Freiwilligenwerbung innerhalb der OT -

b) Volksgesundheit.

Seite: 21 - 22

Aufbau einer dänischen Norwegenhilfe.

c) Kulturelle Gebiete:Wissenschaft und Hochschule.

Seite: 23 - 24

Landesflucht des früheren Expeditionschefs im Unterrichtsdepartement Prof. Dr. Devik - Die Technische Hochschule Drontheim als Zentrum einer gegnerischen Nachrichten- und Propaganda-Aktion -

Schule und Erziehung

Seite: 25 - 26

Allgemeine Situation auf dem Gebiete der Schule - Haltung der Schuljugend -

Deutsch-Norwegische Gesellschaft

Seite: 27

Mitgliederentwicklung der Deutsch-Norwegischen Gesellschaft - Haltung führender NS-Kreise zur Deutsch-Norwegischen Gesellschaft -

F i l m

Seite: 28 - 31

Steigendes Interesse für den deutschen Film ("Die goldene Stadt") - Propagandistisch ungünstige Wirkung des schwedischen Films "Artisten" - Der NS-Propag.-Film "Junger Wille" - Ein weiterer politischer Propagandafilm geplant - Ein schwedischer Grieg-Film - Steigendes Interesse für deutsche Kulturfilme - Aufnahme der deutschen und norwegischen Wochenschauen - Kinostreiks.

d) Verwaltung und Recht

Seite: 32 - 35

Forderung nach Reform der bisherigen Gemeindegesetze - Gesetz über die Verhängung von polizeilicher Aufsicht oder Sicherheitsverwahrung.

e) Wirtschaft.

Seite: 36 - 42

Ernährungswirtschaft. - Neue Umgehungsverfahren der Rationierungsbestimmungen in der Lebensmittelversorgung.

Gesetz für nationalen Arbeitseinsatz.

Stillegung von Wirtschaftsunternehmen + Bemerkungen zur Transportlage.

Bergbau. - Stimmung unter der Arbeiterschaft der Knabengruben.

Schiffahrt. Verschärfung der Lage in der Schiffahrt -

Norwegische Stellungnahme zu dem Artikel von Gauwirtschaftsberater Senator Otte.

Allgemeine Lage.

a) Stimmung.

Die allgemeine Stimmung der norwegischen Bevölkerung ist durch eine abwartende Haltung gekennzeichnet. Dies gilt insbesondere für die Beurteilung der militärischen Ereignisse, zum großen Teil aber auch für die Aufnahme des Gesetzes über den nationalen Arbeitseinsatz.

Die aus fast allen Teilen des Landes vorliegenden Stimmungsberichte lassen erkennen, daß die Mehrheit der Bevölkerung z.Zt. der Auffassung ist, daß die augenblicklichen deutschen Erfolge an der Ostfront nicht von Dauer sein werden. Die Konsolidierung der deutschen Ostfront bedeute keine Wendung, sondern nur eine Verlängerung des Krieges. An der endgültigen Niederlage Deutschlands sei nicht zu zweifeln. In diesem Zusammenhang wird ferner auf die englisch-amerikanische Offensive in Tunis hingewiesen, und man erwartet allgemein, daß die deutsch-italienischen Truppen in Kürze Afrika räumen werden.

Innerhalb der NS wird nach Berichten aus Tronsö und anderen Teilen des Landes die militärische Lage der Achsenmächte neuerlich wieder etwas optimistischer beurteilt.

Die Aktion der deutschen Polizei in der Hardangervidda sowie die Sperrung dieses Gebietes für jeden Verkehr und die Beschlagnahme der in diesem Gebiet gelegenen Touristhütten und -Hotels haben in weiten Kreisen der Bevölkerung größtes Aufsehen erregt. Aus den an das Sperrgebiet angrenzenden Gebieten Telenarks und Buskeruds wird berichtet, daß das Niederbrennen einzelner Hütten, in denen Waffen oder Sprengstoff gefunden wurde, in der Bevölkerung eine fühlbare Empörung ausgelöst habe. In diesem Zusammenhang erzählt man sich auch, daß die an der Aktion der deutschen Polizei beteiligten Hirdverbände die durchsuchten Hütten geplündert und große Pakete nach Oslo verschickt hätten.

aus Finnmark, insbesondere Alta, wird eine stürmungsneigige Sonderentwicklung berichtet. Einen hier vorliegenden Bericht zufolge hat ein Befehl des Territorialbefehlshabers Alta, der den Verkehr deutscher Soldaten in norwegischen Familien und mit norwegischen Mädchen verbietet und darüber hinaus anordnet, daß bei Kino- und KdF-Vorführungen Soldaten und Norweger nicht zusammensitzen dürfen, größte Verwunderung hervorgerufen. In dem Bericht heißt es, daß die NS-Angehörigen und deutschfreundlichen Norweger "wie vor den Kopf geschlagen" seien. Sie erklärten, daß ihnen der bisherige enge Verkehr mit den Deutschen und insbesondere den deutschen Soldaten den Ruf eingetragen habe, sie seien Verräter der norwegischen Sache. Der obenerwähnte Befehl des Territorialbefehlshabers Alta habe nunmehr ihre Stellung restlos unmöglich gemacht. Wie nicht anders zu erwarten, werde ihnen von den Jössingern in höhnischer Weise der fragliche Befehl vorgehalten und hinzugefügt: "Da habt ihr den Dank; wartet nur, nach dem Kriege wird's noch besser."

Von denselben positiv eingestellten Norwegern wird die Frage erhoben, wie sich dieser Befehl mit der Tatsache in Einklang bringen lasse, daß in Osten die Freiwilligen der Norwegischen Legion und Waffen-SS Schulter an Schulter mit den deutschen Soldaten gegen den Bolschewismus kämpfen. Wie ein Hohn müsse die am 21.3.1943 in Rundfunk-Nachrichtendienst bekanntgegebene Meldung wirken, wonach an diesen Abend in den grösseren Städten Norwegens gemeinsame deutsch-norwegische Heldengedenkfeiern stattfinden sollten. +)

Gelegentlich eines Besuches des Justizministers Riisnäs in Aalesund demonstrierte die Mehrheit der in der Stadt ansässigen Beamtenschaft dadurch, daß sie trotz rechtzeitiger Aufforderung nicht zu der am 27.3. mit Minister Riisnäs als Redner stattfindenden Versammlung erschien. Da festgestellt wurde, daß dies Verhalten der Beamtenschaft durch illegale Zirkulare veranlaßt worden war, wurden mit Genehmigung des Innendepartements 7 Aalesunder Gemeindebeante fristlos entlassen. Darüber hinaus will der Kreisleiter der NS dafür Sorge tragen, daß die

+) Wie nachträglich bekannt wird, ist der Befehl des Territorialbefehlshabers inzwischen wieder aufgehoben worden.

Aufklärung!

fraglichen Beamten, soweit nicht durch deren Alter Grenzen gesetzt sind, arbeitsverpflichtet werden. Die Stellen der Entlassenen sind durch NS-Mitglieder besetzt worden, so daß nunmehr in allen öffentlichen Kontoren Aalesunds NS-Mitglieder tätig sind.

In NS-Kreisen hat die Maßnahme vollste Zufriedenheit ausgelöst. Es wurde u.a. darauf hingewiesen, daß es das erste Mal gewesen sei, daß die Regierung sofort und wirklich durchgreifend gehandelt habe.

Unter der übrigen Beamtenschaft hat die Entlassung eine förmliche Schockwirkung hervorgerufen und zur Folge gehabt, daß die Beamten sich nunmehr vorsichtiger verhalten.

In Zusammenhang mit diesen Gegenmaßnahmen der NS ist seit dem 6. April 1943 seitens gegnerischer Kreise in Aalesund ein Kinostreik proklamiert worden.

- - - - -

Der dritte Jahrestag der deutschen Besetzung Norwegens, der 9. April, verlief nach den bisher vorliegenden Meldungen in allgemeinen ohne jede Demonstration und jeden Zwischenfall. In Oslo waren offenbar am Vorabend des 9. April einige wenige Flugblätter angeschlagen worden, in denen aufgefordert wurde, am 9. abends zu Hause zu bleiben. Dieser Parole wurde jedoch nicht Folge geleistet und der Besuch in den Kinos und Gaststätten war durchaus normal. Gleiche Meldungen liegen aus Fredrikstad und anderen Orten des Landes vor. Lediglich aus Hønefoss wird berichtet, daß die Bevölkerung am 9. April rote Nelken zu Demonstrationszwecken trug. Die norwegische Polizei schritt erst auf Veranlassung des deutschen Ortskommandanten ein.

In diesem Zusammenhang kann darauf hingewiesen werden, daß es in Drammen in letzter Zeit mehrfach zu gegnerischen Demonstrationen der Bevölkerung gekommen ist. So blockierte am Sonnabend, den 10. und Sonntag, den 11. April eine etwa 400 Menschen umfassende Menge die Eingänge zu den beiden Kinos in Drammen und verhinderte damit den Zutritt von Besuchern. Die norwegische Polizei schritt gegen diese Demonstrationen nicht ein.

- 4 -

Am Sonntag, den 4. April führte der Hird in Drammen eine Aktion gegen rote Mützen und rote Schals durch. Im Anschluß an diese Aktion rottete sich die Bevölkerung auf den Straßen und Plätzen zusammen, ohne daß die Polizei einschritt. Erst auf die persönliche Veranlassung des Ortskommandanten konnten 2 Polizeibeamte zum Vorgehen gegen die Menge veranlaßt werden.

Zusätzlich mußten deutsche Soldaten zur Räumung der Straßen und Plätze eingesetzt werden. Die Soldaten machten bei dieser Gelegenheit verschiedentlich vom Gewehrkolben Gebrauch. Bemerkenswert ist, daß sich der Polizeimeister von Drammen in Zivil unter der Menge befand, die beim Einschreiten der deutschen Wehrmacht den Marktplatz räumen mußte.

b) Innerpolitische Entwicklung.

Die innerpolitische Situation ist vor allen Dingen durch zwei Tatsachen gekennzeichnet:

1. eine fühlbare Krisenstimmung in führenden Partei- und Regierungskreisen, die offenbar auf den Verlauf des Falles "Riksökonomiechef Thronsen" zurückzuführen ist, und
2. eine energische Wiederbelebung der Diskussion über einen Friedensschluß zwischen Deutschland und Norwegen.

Die seit Wochen anhaltende Erörterung des Falles "Thronsen" hat nunmehr - nachdem das Komitee Fuglesang-Norvik-Riisnäs sich gegen Thronsen erklärte - zu der Beurlaubung Thronsens in seiner Funktion als Fylkesfører von Oslo geführt. An seiner Stelle wurde der bisherige Kretsfører Armann zum fungierenden Fylkesfører ernannt. Als dessen Stellvertreter wurde der Expeditionschef im Departement für Leibeserziehung und Arbeitsdienst, Rolf Holm, eingesetzt.

Nach der Beurlaubung Thronsens als Fylkesfører wurde allgemein erwartet, daß die Beurlaubung als Riksökonomiechef unmittelbar darauf folgen würde. Aus dem Kreis um Minister Fuglesang wurde bereits der Fondsmakler Hans Gude als Nachfolger Thronsens genannt.

Inzwischen aber ernannte Ministerpräsident Quisling ein zweites Komitee, bestehend aus dem Innenriksrat Dahl und dem Schiffsreeder Stenersen, dem erneut der Fall Thronsen zur Überprüfung übertragen wurde. Dahl erklärte sich für und Stenersen gegen die Entlassung Thronsens. Eine Entscheidung des Ministerpräsidenten ist bisher noch nicht gefallen.

Die Art der Behandlung des Falles Thronsen durch den Ministerpräsidenten wird in fast allen Gruppierungen der Parteiführung und Regierung ungewöhnlich scharf kritisiert. Die Unfähigkeit Quislings durch sofortige Entscheidungen in Personalfragen oder anderen politischen Angelegenheiten des Alltags klare Verhältnisse zu schaffen, wird in einem bisher nicht üblichen Umfange

- 6 -

benängelt. Nicht selten wird der Wunsch zum Ausdruck gebracht, Quisling sollte sich mehr auf die Erfüllung repräsentativer Aufgaben beschränken und die praktische Politik anderen Männern überlassen.

Es ist in diesem Zusammenhang bemerkenswert, daß neuerlich in der politischen Diskussion - wenn auch meistens in ablehnenden Sinne - Namen wie Hjorth, Wiesener, Aadahl, Hundseid, Mellbye usw. auftauchen. Häufiger ist allerdings noch die Forderung nach der Entfernung dieser oder jener Gruppe von Parteiführern oder Ministern. Dabei nehmen die gegenseitigen Vorwürfe immer schärfere Formen an. Es kommt sogar vor, daß die eine Gruppe der anderen Zusammenarbeit mit England zum Vorwurf macht.

Die Wiederbelebung der Friedensdiskussion ist in beiden Hauptgruppierungen der Partei- und Regierungsführung - sowohl in der Gruppe um Hagelin als auch in der um Fuglesang-Prytz - festzustellen. Die eigentlichen Träger dieser Diskussion sind der Legationsrat Stang und Konsul Stören.

Die Bestrebungen Stangs gehen von vornherein auf eine Wiederherstellung der norwegischen Souveränität hinaus. Das Einverständnis Hagelins mit diesen Bestrebungen kann nur vermutet werden.

Stangs Bemühungen fassen auf der Auffassung, daß Deutschland infolge seiner gegenwärtigen militärischen und innerpolitischen Krise - Stang beurteilt die Stimmung in Deutschland sehr pessimistisch - für die norwegischen Souveränitätswünsche zugänglicher als in Vorjahre sein dürfte. Mit einem Friedensschluß und der Zurückeroberung der norwegischen Souveränität hofft Stang ferner, eine Basis für eine selbständige norwegische Politik in Bezug auf Schweden, Finnland und Dänemark zu gewinnen.

Die Pläne Konsul Störens gehen lediglich auf eine Wiederholung der deutschen Erklärung vom 9. April 1940 hinaus, wonach Deutschland bei seiner Besetzung Norwegens keine kriegerischen Absichten verfolge und eine Verletzung der norwegischen Integrität und Souveränität nicht beabsichtigt sei.

- 7 -

Konsul Stören ließ einen Gewährsmann gegenüber durchblicken, daß Ministerpräsident Quisling über seine Pläne nicht informiert sei und daß er - Stören - die Hoffnung habe, daß von deutscher Seite der erste Schritt zur Aufhebung des Kriegszustandes zwischen Deutschland und Norwegen getan werde. Ob diese Erklärung Stören auf die Überlegung zurückzuführen ist, daß die Person Quisling aus innerpolitisch-taktischen Gründen aus der Friedensdiskussion herausgehalten werden müsse, kann auf Grund der hier vorliegenden Informationen nicht entschieden werden.

Die Pläne Legationsrat Stangs und Konsul Stören unterscheiden sich vor allen Dingen dadurch, daß der Letztere bei der Formulierung sowohl seiner Vorschläge als auch der Gründe für seine Pläne wesentlich vorsichtiger verfährt, als das bei Stang der Fall ist.

Während Stang eine scharfe Kritik an der Politik des Reichskommissars übt - er weist in diesem Zusammenhang u.a. auf den kürzlichen Artikel Senator Otte's über "die Zukunft der norwegischen Seeschifffahrt" hin, den er dahingehend deutet, daß Norwegen in Rahmen des neuen Europa auf den innereuropäischen Schiffsverkehr beschränkt werden solle -, während Stang ferner die militärische und politische Lage Deutschlands ziemlich pessimistisch beurteilt, begründet Stören seine Pläne mit folgender Überlegung:

Die norwegische Regierung in London führe z.Zt. die Mobilisierung der in England lebenden Norweger durch. Wenn der Kriegszustand zwischen Deutschland und Norwegen aufrecht erhalten bleibe, so bestehe die Gefahr, daß ein eventueller Appell der norwegischen Regierung an die in Norwegen lebenden Wehrfähigen eine Massenflucht nach Schweden auslösen würde, ohne daß man dieser mit irgendwelchen propagandistischen Argumenten entgegentreten könne.

B. - G e g n e r .a) Allgemeine Widerstandsbewegung.

Die Untersuchung gegen die Täter des Sprengstoffanschlages auf das Werk Vemork/Rjukan ergaben, daß aus England kommende Saboteure, die möglicherweise mit dem Anschlag in Verbindung zu bringen waren, sich auf der Hardanger-Vidda aufgehalten hatten. Da damit gerechnet werden mußte, daß die Betreffenden noch in diesem Gebiet weilten, und da auch schon früher die Hardanger-Vidda verschiedentlich in den Ermittlungen gegen die Widerstandsorganisation als ein Gebiet bekannt geworden war, in dem Saboteure und Agenten von britischen Flugzeugen abgesetzt und Waffen und Sabotagematerial abgeworfen wurden, und das auch politischen Flüchtlingen zur Zuflucht diene, wurde in der Zeit vom 24. März bis zum Abend des 2. April 1943 das gesamte Massiv der Hardanger-Vidda durch Kräfte der deutschen und norwegischen Sicherheits- und Ordnungspolizei, der Wehrmacht, Germanischen SS und Hird von jeglichem Verkehr abgeriegelt und in diesem Gebiet sämtliche Häuser und Hütten eingehend durchsucht und alle Personen überprüft. In der Nähe einer Hütte, in der Ende Februar ds. Js. ein norwegischer Fischer sechs uniformierte, wahrscheinlich von einem englischen Flugzeug abgesetzte Personen gesehen hatte, wurde auf grössere Entfernung ein Skiläufer festgestellt, der sich einer Jagdstreife durch Flucht entzog. Ein MG-Schütze einer Jagdgruppe, der als solcher nur mit einer 0,8 Pistole ausgerüstet war, konnte ihn eine zeitlang verfolgen und schließlich auf ungefähr 30 m stellen. Es kam zu einem Kugelwechsel, bei dem der Verfolgte, der eine Pistole und eine Maschinenpistole besass, durch seine Feuerüberlegenheit den Verfolger abschütteln konnte. Die spätere Fahndung blieb wegen der hereinbrechenden Nacht und durch Verlieren der Skispuren erfolglos. Der Vorfall beweist, daß sich auch noch in letzter Zeit zumindest Verbindungsmänner der Widerstandsorganisation in der Hardangervidda aufhielten. Es ist zu erwarten, daß durch die Durchsuchung der Hardanger-Vidda diese Gegend dem Gegner nicht

mehr als Ausgangsbasis für seine Aktionen und als Zufluchtsgebiet dienen kann. In diesem Raum sind zahlreiche Hütten vorhanden, die zum Teil an zur Landung von Flugzeugen äußerst günstiger Seen liegen. Sie wurden mit ihrem Inventar vorläufig beschlagnahmt. Ihre weitere Verwendungsmöglichkeit wird überprüft. Im Verlauf der Aktion wurden auch grössere Mengen Jagdmunition, Jagdgewehre, einige Radiogeräte und kleinere Mengen Sprengstoff und Munition beschlagnahmt und sichergestellt. Gegen die Eigentümer sind Ermittlungen eingeleitet. In der Nähe von Geilo wurde durch ein Straßenkommando der Sicherheitspolizei ein Lager von in 8 Fässern untergebrachten 1800 kg Sprengstoff vorgefunden. Es handelt sich wahrscheinlich um ein älteres norwegisches Heerlager, das unter Stroh in einer Bauernhütte versteckt worden war.

Über die Aktion auf der Hardanger-Vidda wurden in Südnorwegen die unsinnigsten Gerüchte verbreitet, die für die Erwartungen der Norweger und ihre Leichtgläubigkeit kennzeichnend sind. So wurde konkret behauptet: Auf der Hardanger-Vidda seien 800 englische Fallschirmspringer gelandet, mit denen die deutsche Sicherheitspolizei und Ordnungspolizei im Kampf liege; SS-Obergruppenführer Rediess leite selbst die Kampfaktion, er befände sich auf dem Rückzug vor den Engländern; es seien unzählige Sanitätsautos mit verwundeten Deutschen von der Hardanger-Vidda kommend gesehen worden usw.

Die Äußerungen des Widerstandes sind in der Berichtszeit nach außenhin relativ wenig in Erscheinung getreten. Die illegale Flugblattpropaganda hat sich im mässigen Rahmen gehalten. Gemäß der von England gegebenen Weisung wird die Propaganda mit der Jahreszahl 1918 erhöht. Diese Jahreszahl wird durch Flug- und Klebezettel verbreitet oder mit Kreide und Farben auf den Straßen oder an Wänden angezeichnet. Einen grösseren Umfang konnte diese Aktion dank der Gegenmaßnahmen jedoch nicht nehmen. Die abwehrpolizeiliche Ermittlungstätigkeit richtete sich hauptsächlich auf die Überholung von Wohnungen, die als Unterkunftsstellen für Flüchtlinge der illegalen Militärorganisation

- 10 -

bekannt geworden waren. Es wurden einige Angehörige der Militärorganisation festgenommen, die sich in einer besonderen Terrorgruppe betätigten, welche sich die Unschädlichmachung von Mitarbeitern der Polizei zur Aufgabe gemacht hatte. Im Zusammenhang mit der Aufdeckung der Militärorganisation in den Bezirken Stavanger und Kristiansand wurden die Verbindungslinien dieser Bezirksorganisationen nach Oslo über Kragerø und Larvik festgestellt. Im wesentlichen dienten zur Nachrichtenübermittlung Verbindungsmänner, die regelmässig auf den Routendampfern Kristiansand - Oslo fuhren. In Oslo wurden die Nachrichten aus Südwest-Norwegen von einem inzwischen geflüchteten Nachrichtensammler zentral erfaßt und nach Schweden weitergeleitet. Der Nachfolger dieses Flüchtlings, ein Student der Rechtswissenschaften wurde am 2.4.1943 in Oslo festgenommen. Bei der Durchsuchung seiner Wohnung versuchte er trotz eindringlicher Warnung zu flüchten. Er wurde auf der Flucht erschossen.

Die Landesfluchtfälle halten weiterhin an. Nach den bisherigen Feststellungen versuchten im Monat März 1943 252 Norweger nach Schweden zu flüchten, darunter 13 von Schiffen. In 80 Fällen konnte der illegale Grenzübertritt durch Festnahme verhindert werden.

- 11 -

c) Kirche

Die in den letzten "Meldungen aus Norwegen" berichtete Erregung über den bevorstehenden Arbeitseinsatz der Geistlichen hat sich in der Berichtszeit wieder gelegt, denn der Plan des Kirchendepartements, die verabschiedeten Pfarrer zum Arbeitseinsatz zu bringen, wird nicht durchgeführt werden.

In der NS und vor allem bei den radikal eingestellten NS-Pfarrern hat es eine große Enttäuschung hervorgerufen, daß die Oppositionspfarrer nun doch nicht zum Arbeitseinsatz kommen und weiterhin die NS-Geistlichen in ihrer Arbeit stören können. Dem Kirchendepartement wird daher von diesen Lauheit und Schlappheit vorgeworfen.

Unter den radikalen NS-Geistlichen ist es vor allem der kommissarische Bischof von Bergen, Falck-Hansen, der auf eine Lösung der Kirchenfrage mit Gewalt hinarbeitet. Seiner Auffassung nach darf die ruhige und besonnene Linie, die zur Zeit vom Kirchendepartement eingehalten wird, nicht weiter durchgeführt werden. Er fordert, daß mit scharfen Maßnahmen gegen die Pfarrerschaft vorgegangen werden soll. In einer Denkschrift an Ministerpräsident Quisling nennt er den Kampf gegen die Leiter der Kirchenopposition einen "Prüfstein für die Stärke der NS und der Regierung" und hebt hervor, daß innerhalb der NS und besonders im Hird ein "so gewaltiger Ärger über die Unfähigkeit und den Mangel an Tatkraft, der besonders im Kampf gegen die Kirchenleiter gezeigt wird" herrsche, daß viele NS-Angehörige ihren Austritt erklären würden, wenn das Kirchendepartement "weiterhin die Knie vor den gegnerischen Pfarrern beuge". Er fordert, daß man den Leitern der "Vorläufigen Kirchenleitung" keine Gelegenheit mehr geben dürfe, weiter frei gegen die Regierung arbeiten zu können. Nach seiner Meinung ist es notwendig, die ganze illegale Kirchenleitung zusammen zu internieren. Für einzelne Pfarrer, die sich "als politische Agitatoren gegen die Regierung betätigen", hält er eine beträchtliche Geldstrafe, die unter Umständen sogar durch

- 11 -

c) Kirche

Die in den letzten "Meldungen aus Norwegen" berichtete Erregung über den bevorstehenden Arbeitseinsatz der Geistlichen hat sich in der Berichtszeit wieder gelegt, denn der Plan des Kirchendepartements, die verabschiedeten Pfarrer zum Arbeitseinsatz zu bringen, wird nicht durchgeführt werden.

In der NS und vor allem bei den radikal eingestellten NS-Pfarrern hat es eine große Enttäuschung hervorgerufen, daß die Oppositionspfarrer nun doch nicht zum Arbeitseinsatz kommen und weiterhin die NS-Geistlichen in ihrer Arbeit stören können. Dem Kirchendepartement wird daher von diesen Lauheit und Schlappheit vorgeworfen.

Unter den radikalen NS-Geistlichen ist es vor allem der kommissarische Bischof von Bergen, Falck-Hansen, der auf eine Lösung der Kirchenfrage mit Gewalt hinarbeitet. Seiner Auffassung nach darf die ruhige und besonnene Linie, die zur Zeit vom Kirchendepartement eingehalten wird, nicht weiter durchgeführt werden. Er fordert, daß mit scharfen Maßnahmen gegen die Pfarrerschaft vorgegangen werden soll. In einer Denkschrift an Ministerpräsident Quisling nennt er den Kampf gegen die Leiter der Kirchenopposition einen "Prüfstein für die Stärke der NS und der Regierung" und hebt hervor, daß innerhalb der NS und besonders im Hird ein "so gewaltiger Ärger über die Unfähigkeit und den Mangel an Tatkraft, der besonders im Kampf gegen die Kirchenleiter gezeigt wird" herrsche, daß viele NS-Angehörige ihren Austritt erklären würden, wenn das Kirchendepartement "weiterhin die Knie vor den gegnerischen Pfarrern beuge". Er fordert, daß man den Leitern der "Vorläufigen Kirchenleitung" keine Gelegenheit mehr geben dürfe, weiter frei gegen die Regierung arbeiten zu können. Nach seiner Meinung ist es notwendig, die ganze illegale Kirchenleitung zusammen zu internieren. Für einzelne Pfarrer, die sich "als politische Agitatoren gegen die Regierung betätigen", hält er eine beträchtliche Geldstrafe, die unter Umständen sogar durch

Pfändung eingetricben werden soll, für angebracht. Für die Übergangszeit wünscht er, daß zuverlässige Laien als Pfarrer eingesetzt werden. "Nichts ist" - so schließt Falck-Hansen seine Denkschrift an Quisling - "für die Stellung der Kirche und NS in unseren Volk gefährlicher, als das Kirchenschiff in Wind und Sturm treiben zu lassen, wie es heute geschieht." Von Seiten des Staates besteht zunächst nicht die Absicht, auf die Forderungen des radikalen Teiles der NS-Pfarrer einzugehen.

Es konnte in letzter Zeit beobachtet werden, daß eine Reihe christlicher Jugendvereinigungen neu gegründet wurde bzw. daß die Propaganda für diese Vereine stärker wurde. Verschiedentlich wurde auch festgestellt, daß diese Vereine eine gewisse Ähnlichkeit mit den Jugendgruppen der NS-Jugend annahmen. So besteht z.B. in der Osloer Uranienborg-Gemeinde ein Jungen-Verein, der sich "Die Triangel-Gutter" (Triangel-Jungen) nennt. Als Abzeichen tragen diese Jungen ein rotes Dreieck auf dem linken Ärmel. Bei einer Veranstaltung dieser "Triangel-Gutter" trat der Leiter in einem Blauhemd auf. Verschiedentlich haben die Leiter dieser Vereine auch Bezeichnungen wie Truppförer usw. übernommen. Der Verein der "Triangel-Gutter" beabsichtigt, zu Pfingsten eine Wanderfahrt zu machen und ein Zeltlager aufzuschlagen. Auch werden militärische Kommandos bei den Zusammenkünften gebraucht.

Diese Jugendvereine unterstehen dem K.F.U.M. (Christlicher Verein junger Männer) und sind zweifellos als Gegenorganisation gegen die N.S.U.F. (Nasjonal-Samlings-Ungdoms-Fylking) anzusehen. Daß gerade jetzt diese Vereine besonders stark ausgebaut werden, ist dadurch begründet, daß die Kirche sie als Gegengewicht gegen den vom Staat geforderten Jugenddienst benutzen will. - Gegenmaßnahmen sind eingeleitet.

- Lebensgebiete.

a) Kasjonal Samling

In breitesten Mitgliederkreisen der NS macht sich in der letzten Zeit in steigendem Maße eine Unzufriedenheit mit der Parteiführung und leitenden Persönlichkeiten des Staates bemerkbar.

Im Gegensatz zu früher wird bei den außerordentlich kritischen Betrachtungen nunmehr die Tatenlosigkeit Quislings gegenüber den nach Auffassung der meisten NS-Mitglieder ernsten inneren Krankheitserscheinungen der Partei stark diskutiert.

In vertraulich erfaßten Stimmungsberichten der Partei und des Hird heißt es u.a., daß in den Reihen der Mitglieder immer häufiger Vergleiche zwischen dem früheren Regime bzw. den Regierungspolitikern der vergangenen Zeit und den jetzt politisch führenden Persönlichkeiten gezogen würden, wobei die neue Führung bei den eigenen Parteiangehörigen sehr ungünstig wegkäme. Tüchtige NS-Funktionäre, so heißt es in den Berichten, zögen sich aus der Parteiarbeit zurück, nachdem sie gesehen hätten, wie wenig ernst es führenden Persönlichkeiten um die Sache der NS wäre und wie eifrig von diesen die eigene Personalpolitik zum Schaden der Partei getrieben würde. In einem Bericht heißt es wörtlich weiter:

"Als Ersatz für diese Funktionäre kommen Leute, denen es nicht um den Nationalsozialismus, sondern um ihre persönlichen Interessen zu tun ist."

Der Bericht spricht weiter von einer "Front innerhalb der NS, die die Partei vernichten wolle".

Die Stimmung sei heute derart, "daß breite Kreise der NS das Ende der Partei als sehr wahrscheinlich und für nicht allzu fern halten, wenn nicht radikal eine Änderung herbeigeführt werde."

Meldungen

Meldungen aus den südlichen und westlichen Teilen des Landes besagen, daß in den dortigen NS-Kreisen neuerdings die Diskussion um die Freimaurerfrage stark auflebt.

Während sich die in Oslo feststellbare Kritik der Korruptionserscheinungen nach wie vor in der Hauptsache gegen die Minister H a g e l i n, B l e h r und den Fylkesmann S t e n e r s e n richtet, werden neuerlich allmählich mehr Stimmen laut, die die "Korruptionsaffaire Thronsen" als ein allzu laut gestartetes Unternehmen einer mit allen Mitteln um die totale Macht in der Partei intrigierenden Clique sehen wollen.

Im Zusammenhang damit und in den Gesprächen mittlerer Parteifunktionäre wird die Person des Parteiministers F u g l e s a n g immer häufiger Gegenstand scharfer Kritik.

Die Personalpolitik Fuglesangs, der nach Auffassung dieser Funktionäre verbissen das Ziel verfolge, alle wichtigen Stellen in der Partei mit Männern seines persönlichen Vertrauens zu besetzen, ohne Rücksicht auf Eignung und Fähigkeiten derselben, drücke die Leistungsfähigkeit der Parteiorganisation und den politischen Wert der Parteiarbeit spürbar herunter. Wenn dieser Prozeß weiter nach unten fortgesetzt würde, wie es Fuglesang offenbar beabsichtige, seien in absehbarer Zeit alle für nationalsozialistische Gedanken aufgeschlossenen Funktionäre der NS durch mißtrauische, unsaufrichtige Menschen ersetzt, deren politisches Programm Mißtrauen und Vorbehalte gegenüber den Deutschen sei.

Bemerkenswert sind die Stimmen zweier deutschfreundlicher NS-Funktionäre, die Fuglesang vorwerfen, die Absicht zu haben, in Norwegen eine politische Darlan-Garnitur allmählich in Re-
servestellung bringen zu wollen.

Von

Von anderer NS-Seite wird darauf hingewiesen, daß die Absichten Fuglesangs deutlich würden, wenn man seine Bemühungen richtig verstünde, Männer wie den Innenriksrat Dahl allmählich mehr in der Parteipolitik zu exponieren. Welcher politischen Richtung diese "neuen Männer" Fuglesangs angehörten, sei im Falle Dahl besonders deutlich. In deutschfreundlichen NS-Kreisen habe man sich öfter über die scheinbar von ihm selbst geäußerte Überzeugung, daß er im Falle einer englischen Besetzung bestimmt im Amt bleibe, unterhalten.

Nach der Absetzung des Riksökonomiechefs Thronsen als Fylkesfører von Groß-Oslo wurde der Kreisleiter von Vestre Aker Armann als neuer Fylkesfører eingesetzt. Zu seinem Stellvertreter wurde der Bürochef im Ministerium für Leibesertüchtigung und Arbeitsdienst, Rolf Holm, ernannt. Holm ist außerdem Führer des NS-Studentfylkings und hat verschiedene kommissarische Stellungen inne. Holm ist ein Vertrauensmann Fuglesangs. In NS-Kreisen rechnet man damit, daß Armann, der nur als Aushängeschild genommen worden sei, in kurzer Zeit zurücktreten werde.

Die anhaltende Kritik, die sich mit der Ruhe auf dem Gebiet der Parteipropaganda befaßt, richtet sich mehr und mehr ebenfalls gegen die Person Fuglesangs als Propagandachef der Partei. Von Propagandaleitern der Partei werden bei Arbeitstagungen, die bisher zum Unterschied gegen früher in Abwesenheit des Chefs der Parteipropaganda durchgeführt werden, Vergleiche zwischen Lunde und Fuglesang in Bezug auf sachliches Können gezogen. Hierbei würden Fuglesang die Fähigkeiten eines Propagandachefs abgesprochen.

Die bisher nach außen sowieso unwirksame Parteipropaganda hätte eines neuen Chefs wie Fuglesang bedurft, um sie vollkommen stillzulegen.

Die über den Hird den Lagförern der NS auferlegte Verpflichtung,

von

von jedem Lag, ~~der in der Regel mehrere Hundert~~ Hindpflichtige umfaßt, zwei Meldungen für eine Einberufung zur Föregarde abzugeben, sei, wie aus Kreisen der Föregarde bekannt wird, auf Widerstand gestoßen. Einzelne Lagförer hätten erklärt, niemanden einberufen zu können, ohne eine erhebliche Anzahl von Abmeldungen aus der Partei zu riskieren.

„Meldungen aus Norwegen“ Nr. 7. 14/43

Panzergranadier-Regiment Norwegen.
=====

Nachdem 7-Sturmbannführer Minister Lie an der Spitze der Polizeikompanie von der Ostfront zurückgekehrt ist, wurde er von Quisling mit der Werbung für das neu zu errichtende Panzergranadier-Regiment Norwegen beauftragt.

Lie unternahm zunächst den Versuch, die bisherigen Freiwilligen, deren Dienstzeit zum grössten Teil abgelaufen war, zu veranlassen, sich für eine weitere Zeit zu verpflichten. Die Rede des Reichsführers-7 und der Aufruf Quislings, welchen Minister Lie zu diesem Zweck in Mitau vor den Angehörigen der Norwegischen Legion verlas, schien anfangs sehr grossen Eindruck auf die Frontkämpfer zu machen, hatte aber später doch nicht den gewünschten Erfolg und fast alle, deren Verpflichtungsdauer abgelaufen war, bestanden auf ihre Entlassung. Damit ergab sich die Notwendigkeit einer verstärkten Werbetätigkeit in der Heimat.

Bei einer der vorbereitenden Besprechungen, zu der Minister Fuglesang am 2.4.1943 eine Reihe Landesleiter und Minister geladen hatte, kam es zu heftigen Zusammenstössen zwischen Fuglesang einerseits und der Landesleiterin Olga Bjoner, den Ministern Lie und Riisnaes andererseits. Fuglesang sprach über die Propagandamassnahmen zur Förderung der Werbung von Freiwilligen für das Panzergranadier-Regiment Norwegens und forderte die Landesleiter auf, hierfür ihren vollsten Einsatz zu leisten.

Zu diesen Äusserungen bemerkte Frau Bjoner, dass nach ihrer Ansicht eine erhöhte Werbetätigkeit zwecklos sei, solange insbesondere führende Parteimitglieder von der Reichsleitung an einem freiwilligen Fronteinsatz gehindert würden, indem ihre Freigabe verweigert würde. Fuglesang versuchte diesen Einwand damit abzutun, dass er erklärte, diese Äusserung entbehre jeglicher konkreter Unterlage. Als daraufhin jedoch Frau Bjoner verschiedene Beispiele nannte und sich auch die Minister Lie und Riisnaes zu der Ansicht Frau Bjoners bekannten, kam es zu heftigen Erörterungen.

- 18 -

Die nunmehr angelaufene Werbeaktion für das Panzergrenadier-Regiment wurde am 9. April eingeleitet mit einer gut besuchten Versammlung der Frauenorganisation im Klingenberg in Oslo mit Reden von Minister Lie und Frau Olga Bjoner. In seinem Vortrag wies Minister Lie auf die Notwendigkeit des Kampfes gegen den Bolschewismus hin und hob weiter hervor, dass dieser Einsatz gleichzeitig die Wiedererrichtung eines selbständigen norwegischen Heeres bedeute. Es gäbe Legionen, die unter deutschem Befehl stünden, die Norwegische Legion jedoch hätte unter norwegischer Führung gestanden und auch das zu errichtende Panzergrenadier-Regiment sei ein völlig selbständiger norwegischer Verband. Im Übrigen wird bei der Pressepropaganda immer wieder unterstrichen, dass die norwegischen Freiwilligen im Panzergrenadier-Regiment Norge unter norwegischem Befehl stehen werden.

Auch von den in den Fylkesbezirken durchgeführten Werbeveranstaltungen wird berichtet, dass die Werbung unter dem Motto "Neuaufbau des norwegischen Heeres" durchgeführt wird.

Aus Drontheim liegt folgender Bericht über eine durch H-Sturm bannführer Bakke durchgeführte Werbeaktion in Trøndelag vor:

Die Werbung sollte in erster Linie die Freiwilligen der verschiedenen Nationen aus den OT-Lagern in Trøndelag erfassen, wozu in den einzelnen Lagern von Bakke Werbevorträge gehalten wurden. Wenn sich auch die Osloer und die örtliche OT-Leitung grundsätzlich mit dieser Werbung einverstanden erklärt und Unterstützung zugesagt hatten, so liess doch in verschiedenen Fällen die Durchführung der Organisation der Vorträge in den Lagern durch die OT sehr zu wünschen übrig. So erschienen in dem Hauptlager Strinda der OT bei Drontheim, in dem z.Zt. an 1000 Dänen und auch Arbeiter anderer Nationalität untergebracht sind, infolge ungenügender Verständigung durch die Lagerleitung nur rund 60 Mann, von denen sich dann nach dem Vortrag von H-Sturm

bannführer Bakke gleich 21 meldeten. Wenn die Lagerinsassen auch in Schichten arbeiten und manche auch aus ihrer politischen Einstellung heraus dem Vortrag ferngeblieben wären, hätte der Werbeerfolg bei guter Ansage des Vortrages durch die Lagerleitung doch ungleich höher sein können. - In einem anderen Lager wurden die Männer eine Stunde vor dem festgesetzten Termin zusammengerufen. Der Erfolg war, dass bei Versammlungsbeginn nur noch ein Bruchteil anwesend war, der Grossteil hatte sich wieder verlaufen. Wenn auch manchmal Ungeschicklichkeit vorliegen mag, so ist der Hauptgrund für die schlechte Propagierung in den betreffenden Lagern doch darin zu suchen, dass die Einsatzleiter der OT Angst haben, dass ihnen durch die Freiwilligenmeldungen Arbeitskräfte verlorengehen.

Zur weiteren Propaganda liess Sturmbannführer Bakke in den einzelnen Lagern Werbeplakate anschlagen und Meldeschemas verteilen. Die in der Presse erschienenen Interviews mit Bildern von der Abreise der Freiwilligen und sonstige Besprechungen wurden vom positiven Bevölkerungsteil als gut und zugkräftig bezeichnet. Weiter liess Sturmbannführer Bakke an sämtliche Lensmänner in Tröndelag Meldeschemas schicken mit entsprechendem Pressehinweis.

Ein am 2.4. in einem Drontheimer Kino durchgeführter Werbeabend von Sturmbannführer Bakke war überraschend gut besucht. Das Filmtheater war fast bis auf den letzten Platz gefüllt, wobei auffallend war, dass sehr viele Nicht-NS-Mitglieder den Vortrag besucht hatten. Die Ausführungen des Redners, der frei über die schwebenden Probleme sprach, wurden sehr gut aufgenommen.

Als zahlenmässiger Erfolg dieser Werbeaktion lagen bei Abschluss dieses Berichtes 46 Meldungen vor, von denen 45 Mann durch das 4-Ergänzungsamt angenommen worden sind, während der Letzte für das Wachbataillon vorgesehen wurde. In der überwiegenden Mehrzahl haben sich Dänen gemeldet. Im einzelnen setzen sich die Meldungen wie folgt zusammen:

Bei einzelnen Lagern Werbeplakate anschlagen und Meldeschemas verteilen. Die in der Presse erschienenen Interviews mit Bildern von der Abreise der Freiwilligen und sonstige Besprechungen wurden vom positiven Bevölkerungsteil als gut und zugkräftig bezeichnet. Weiter liess Sturmbannführer Bakke an sämtliche Lensmänner in Tröndelag

34 Dänen,	3 Norweger,
2 Holländer,	4 Tschechen (1 Volksdeutscher),
1 Isländer,	2 Kroaten (1 Volksdeutscher).

Wenn auch viele Norweger den Bolschewismus und die von ihm auch für Norwegen drohende Gefahr heute mit anderen Augen sehen, als noch vor einem halben Jahre, so fehlt ihnen doch der letzte Anstoss, auch ihrerseits den letzten Einsatz zu leisten. Von den entlassenen Frontkämpfern haben sich bis heute nur einige zum neuen Fronteinsatz gemeldet. Der grösste Teil der Frontkämpfer hat sich dagegen wohl bereit erklärt, macht aber einen neuen Fronteinsatz von der gleichzeitigen Meldung mehrerer der immer "Zuhausesitzenden" abhängig.

b) Volksgesundheit.

Seit mehreren Monaten sind Bemühungen dänischerseits in Gange, eine der schwedischen Norwegen-Hilfe ähnliche Aktion von Dänemark aus für Norwegen aufzubauen. Hierbei stehen insbesondere Bemühungen führender dänischer Persönlichkeiten unter Beteiligung des dänischen Roten Kreuzes und privater Kreise im Vordergrund. Es ist aber bisher zu keiner festeren Organisationsform der Hilfsmaßnahmen gekommen. Stattdessen haben sich die privaten Unternehmungen erheblich ausgebaut. So konnte festgestellt werden, daß durch die Frau des dänischen Admirals Hammerich in einem sogenannten norwegischen Damenkomitee in Kopenhagen Gelder in erheblichen Beträgen eingesammelt werden, die dann zu monatlichen Lebensmittelsendungen im Werte von 100 000 dänischen Kronen nach Norwegen an die norwegische Menighetspleien (kirchlicher Gemeinderat) verwandt werden. Die Menighetspleien verteilt wiederum in verschiedenen Orten Norwegens diese Lebensmittel nach ihren eigenen Gutdünken. Frau Hammerich hatte bereits mehrmals um Einreisegenehmigung nach Norwegen nachgesucht, um den Ausbau ihrer Hilfsunternehmungen an Ort und Stelle mit der Menighetspleien zu besprechen. Die Einreiseanträge wurden bisher von der hiesigen Dienststelle abgelehnt, im Hinblick auf die Abmachungen zwischen Reichskommissar Terboven und dem Beauftragten des Deutschen Reiches Dr. Best, wonach die norwegische Nationalhilfe als einziges führendes Organ für eine dänische Norwegen-Hilfe hier im Lande in Frage kommt. Vertrauliche Informationen in Kopenhagen ergaben, daß die Einstellung der Dänen gegenüber der norwegischen Nationalhilfe als Verhandlungspartner ähnlich wie in Schweden zu sein scheint, in dem man diese Organisation als eine Parteiorganisation der NS ansieht. So erklärte u. a. der Präsident des dänischen Roten Kreuzes, er befürchte, daß, wenn bekannt würde, die norwegische Nationalhilfe wäre das durchführende Organ der Hilfsunternehmungen in Norwegen, die einzusammelnden Beträge in Dänemark nicht zusammenkämen. Er persönlich glaube, daß der beste Verhandlungspartner in diesen Falle das norwegische Rote Kreuz wäre. Anscheinend,

- 22 -

in Verbindung mit diesen Auffassungen, wurde bei der hiesigen Dienststelle der Präsident des norwegischen Roten Kreuzes, Direktor Heyerdahl, vorgestellt und bat erneut um Einreisegenehmigung für Frau Hammerich. Präsident Heyerdahl scheint sich zu bemühen, die privaten Unternehmungen der Frau Hammerich in den Rahmen des norwegischen Roten Kreuzes zu stellen, bevor es evtl. zu einer Neuregelung der gesamten dänischen Hilfsunternehmen kommt.

c) Kulturelle Gebiete.Wissenschaft und Hochschule.

Der frühere Expeditionschef für Hochschule und Wissenschaft im Kirchen- und Unterrichtsdepartement, Professor Dr. Olaf D e v i k ist nach den zurzeit vorliegenden Anhalten als ins Ausland geflohen anzusehen. Devik war hier als ausgesprochener Gegner der politischen Neuordnung bekannt. Nach der Übernahme des erwähnten Departements durch den damaligen kommissarischen Staatsrat Skancke wurde er aus dem Amt entlassen. In anbetracht des besonderen Ansehens, das Devik in alten Norwegen gehabt hat, sowie aufgrund seiner wissenschaftlichen und geistigen Fähigkeiten steht zu erwarten, daß er unter den obwaltenden Umständen in Kürze mit irgend einem höheren Amt der norwegischen Emigration in Erscheinung treten wird.

An der Technischen Hochschule in Drontheim, die seit der deutschen Besetzung Norwegens immer wieder nicht allein als ein besonderes Zentrum des passiven Widerstandes sondern auch der aktiven illegalen Betätigung in Erscheinung getreten ist, gelang es vor einiger Zeit, eine außerordentlich weitverzweigte Nachrichten- und Propagandaorganisation aufzurollen. Im Vorlauf mehrerer getrennter Aktionen wurden wegen Beteiligung oder entsprechenden dringenden Verdachts über 80 Studenten sowie auch einige Hochschullehrer und Assistenten in Gewahrsam genommen. Eine führende Rolle haben bei der Durchführung der fraglichen illegalen Arbeit die Professoren Nils Andreas S ö r e n s e n und Fredrik V o g t gespielt, von denen der letztere flüchtig ist, während Sörensen sich ebenfalls in Haft befindet. Daneben sind in Verbindung mit dieser Angelegenheit weitere 80 Personen aus den verschiedenen Berufszweigen der Industrie und Wirtschaft festgenommen worden.

Die vielseitige illegale Tätigkeit der hier in Rede stehenden Widerstandsgruppe erstreckte sich u.a. auf die systematische

Ausspähung deutscher Wehreinrichtungen und -Maßnahmen, sowie
auf die Weiterleitung der gewonnenen Nachrichten an die
Feindmächte. Die durchzuführenden Ermittlungen und Verhöre
in dieser umfassenden Angelegenheit sind zurzeit noch nicht
zu einem Abschluß gelangt.

Die verschiedenen Verhaftungswellen an der fraglichen Hoch-
schule haben unter den Studenten eine erhebliche Unruhe aus-
gelöst. In Verbindung mit den erforderlichen Festnahmen ver-
schiedener Lehrkräfte (Hochschullehrer und Assistenten) hat
der Lehrbetrieb auf einzelnen Gebieten - Betonbau, Mechanik,
Anorganische Chemie - empfindliche Ausfälle in Kauf nehmen
müssen, für die bisher durch den (positiv eingestellten)
Rektor der Technischen Hochschule, Professor H e g g s t a d ,
noch kein Ausgleich zustande gebracht werden konnte.

Schule und Erziehung

Die Masse der norwegischen Lehrerschaft, deren negative Einstellung zur Neuordnung mehr und mehr im Rahmen der Haltung der übrigen Bevölkerungsschichten bleibt, ist während der letzten Monate gegnerisch wenig in Erscheinung getreten. Zwar wird an einer Reihe von Schulen nach wie vor wegen einzelner - mehr interner - politischer und personeller Verhältnisse ein erbitterter Kleinkrieg geführt. Diese labilen Unruhezustände haben sich jedoch bisher keineswegs erneut zu einem größer-n und geschlosseneren Aktivismus zusammengefunden. Nicht ohne Bedeutung ist in dieser Verbindung, daß an den meisten Schulen die einzelnen Lehrer z.Zt. überaus stark angespannt sind durch die äußeren Umstände, unter denen die Abwicklung des Unterrichts vor sich geht. Durch die ausgedehnten Beschlagnahmen von Schulgebäuden durch die Wehrmacht muß der Unterricht vielfach in recht behelfsmäßigen (für die einzelnen Klassen häufig noch weit auseinanderliegenden) Noträumen durchgeführt werden. Da diese Räume außerdem oft noch mit mehreren Schulen geteilt werden müssen, hat sich für den einzelnen Lehrer in einer Menge von Fällen eine zeitgemäße Ausdehnung seiner Unterrichtsausübung ergeben, die sich praktisch über den ganzen Tag erstreckt. Hinzu kommt, daß viele Eltern wegen der (in Verbindung mit dem Lehrerkonflikt des vergangenen Jahres) bei einem großen Teil der Schülerschaft entstandenen Kenntnislücken die Lehrer mit der Erteilung von Privatstunden befassten. Diese insgesamt stark erweiterte Belastung der Lehrerschaft hat sich in entsprechender Weise mindernd auf das Interesse für die mehr oder weniger doch als nutzlos erkannte politische Gegnerarbeit an den Schulen ausgewirkt. Wenn keine besondere Veranlassung gegeben wird, die die Lehrer zu einer besonderen Stellungnahme herausfordert, so dürfte sich auch weiterhin die breite Masse der Lehrerschaft in Bezug auf politische Angelegenheiten stark passiv verhalten.

Im

- 26 -

Im Gegensatz zu der Lehrerschaft an den staatlichen und städtischen Schulen liegen die Verhältnisse an den privaten Lehranstalten - wie im besonderen auch ein Bericht der Dienststelle Tromsø feststellte - wesentlich ungünstiger. An einer Fülle von Privatschulen gibt es nicht einen einzigen NS-Lehrer. Dabei ist die Zahl der Schüler, die solche Schulen besuchen, ganz beträchtlich. Dafür, daß die fraglichen Institute vom norwegischen Staat jährlich einen bestimmten Zuschuß erhalten, ist diesen das Recht eingeräumt worden, im Schulrat der betreffenden Anstalt mit einer Stimme vertreten zu sein. Es handelt sich dabei in den meisten Fällen um eine Person, die eindeutig gegen die Neuordnung eingestellt ist. In Anbetracht dieses Sachverhaltes erscheint erstens eine möglichst umfassende Überholung des Personalbestandes der staatlichen Vertreter in den fraglichen Schulräten und zweitens eine entsprechende Personalpolitik hinsichtlich der Lehrkörper dieser Anstalten seitens des Departements angebracht.

Im Gegensatz zu der oben geschilderten Gesamtsituation in Bezug auf die Lehrerschaft wird von Seiten der Schuljugend weiterhin sehr verbreitet ein ausgeprägt feindliches Verhalten zur Neuordnung an den Tag gelegt. Der geistige Terror gegen jeden Ansatz eines anderen als NS- und deutschfeindlich ausgerichteten Denkens und Empfindens, der durch eine ebenso fanatische wie wachsame Solidarität der Mehrzahl der Schüler ausgeübt wird, erstickt schon im Keim jegliche Möglichkeit zu einer Besserung der Lage unter der Bildungsjugend. Die Einbrüche, die der NS in diese Front gelungen sind, müssen nach wie vor als außerordentlich gering und begrenzt angesprochen werden.

Deutsch-Norwegische Gesellschaft.

Auch im Laufe der zweiten Hälfte des Winterhalbjahres 1942/43 hat der Mitgliedsbestand der Deutsch-Norwegischen Gesellschaft wieder eine ganz überraschende Fortentwicklung aufzuweisen. In der Zwischenzeit konnte die Zahl von 5000 überschritten werden. Keine frühere zwischenstaatliche Vereinigung Norwegens hat auch nur entfernt an eine solche Zahl heranreichen können. Daneben sind auch hinsichtlich des Aufbaues von Untergruppen in den verschiedenen Teilen des Landes entsprechende Fortschritte gemacht worden. In letzter Zeit sind neu hinzugekommen die Untergruppen Skien, Rena, Övre Rendalen und Elverum.

Das wesentlichste Verdienst an dieser erfreulichen Entwicklung fällt ohne Frage der Zähigkeit und Zielstrebigkeit von Prof. Klaus H a n s e n zu, wobei keineswegs übersehen werden soll, daß seine Persönlichkeit in mancher Hinsicht für die große Gesamtaufgabe der Deutsch-Norwegischen Gesamtaufgabe nicht ausreicht. Bei einer entsprechenden deutschen Beratung und Unterstützung dürfte jedoch Professor Klaus Hansen - zumindestens bis auf weiteres - die dringlichsten Voraussetzungen für die weitere Aufbauarbeit erfüllen. Dabei ist besonders auf die Wahrung einer bestimmten deutschen Linie gegenüber der norwegisch-völkischen Politik grösserer Kreise der NS zu verweisen. Es ist in diesem Zusammenhang als durchaus bezeichnend hervorzuheben, daß gewisse führende Stellen und Persönlichkeiten der Partei (vor allem jedoch das Departement für Kultur und Volksaufklärung) - wenn kein besonderer Anlaß dafür vorliegt, daß die ganze Regierung geschlossen erscheint - nie die Veranstaltungen der Deutsch-Norwegischen Gesellschaft besuchen. Auch der Hird ist nach wie vor kaum vertreten. In Anbetracht dieses Sachverhaltes darf wohl außer Zweifel stehen, daß ein nicht unbeträchtlicher Teil der Kritik, die in den verschiedensten Verbindungen gelegentlich gegen Prof. Klaus Hansen vorgebracht wird, auf bestimmte Tendenzen zurückzuführen ist, die ihre Hintergründe in den oben erwähnten Zusammenhängen hat.

Abschließend sei noch erwähnt, daß es für die Festigung des Zusammenschlusses unter den einzelnen Mitgliedern - die vielfach wenig Gelegenheit haben, sich untereinander kennenzulernen und einen persönlichen Kontakt herzustellen - von wesentlicher Bedeutung wäre, wenn die Frage der Beschaffung eigener Räumlichkeiten für die Deutsch-Norwegische Gesellschaft entsprechend gelöst werden könnte.

mitgeteilt
Jansen

F i l m

Seit einiger Zeit macht sich verschiedentlich ein steigendes Interesse für den deutschen Film bemerkbar. Besonders augenfällig wurde dies bei dem ersten deutschen Farbfilm "Die goldene Stadt", der in Oslo seit dem 4. März 1943 mit außergewöhnlichem Erfolg läuft und auch bereits in anderen Städten (Drontheim und Fredrikstad) einen Rekordbesuch zu verzeichnen hat. Teilweise ist der Besuch sogar stärker als bei den besten schwedischen Filmen, die sonst Höchstzahlen erreichen. In der Kritik wird zwar zum Ausdruck gebracht, daß ein wesentlicher Anteil des Erfolges dem Farbfilm und seinen neuartigen Wirkungen zuzuschreiben ist, doch werden deswegen keineswegs die künstlichen Leistungen des Regisseurs und der Darsteller verkleinert. Im Zusammenhang mit den Besprechungen dieses Films wurden in den Zeitungen auch das 25-jährige Ufa-Jubiläum sowie das Problem des Farbfilms an sich und die deutsche Methode des Agfa-Colocor-Verfahrens sehr ausführlich behandelt.

Aber auch andere deutsche Filme haben in der letzten Zeit einen wesentlich stärkeren Zustrom norwegischer Besucher zu verzeichnen, als dies früher im allgemeinen der Fall war. Bemerkenswert ist hierbei, daß nicht nur Filme der leichteren Unterhaltung, z.B. "Wir machen Musik" und "Traummusik" (im Bereich Bergen), sondern auch ernstere historische oder ausgesprochene Soldatenfilme diese Wirkung ausüben konnten, wie "Der große König", "Rembrandt" (in Stavanger) oder "Sechs Tage Heimaturlaub" (in Bergen). Dies gilt auch für den Film "...reitet für Deutschland", der in Oslo eine einstimmig gute Kritik erfuhr, wobei unterstrichen wurde, daß der Film Spannung und "Fahrt" habe, zwei Momente, auf die das norwegische Kinopublikum immer Wert legt. Wegen dieser Eigenschaften hatte auch der von dem gleichen Regisseur (Arthur Maria v. Rabenalt) gedrehte Film "Vorsicht! Feind hört mit!" eine sehr gute Kritik. Er wurde jedoch schon nach dem ersten Spieltag auf deutsche Veranlassung vom Programm abgesetzt, da sein Thema - Spionage - als nicht geeignet für das Kinopublikum eines besetzten Landes erkannt wurde. Aus ähnlichen Gründen sind inzwischen auch die in den "Meldungen aus Norwegen"

Meldungen aus Norwegen Nr. 51
1943

Nr. 50 bereits besprochenen Filme "Die Angeklagten" und "Schnapphähne" verboten worden, weil ihre Themen - Justizmord bzw. erfolgreicher Kleinkrieg gegen eine Besatzungsmacht - das norwegische Publikum zur Vergleichziehung mit den heutigen politischen Verhältnissen in Norwegen veranlaßt hatten.

In diesem Zusammenhang ist noch der schwedische Film "Artisten" zu nennen, der sich nach einer Meldung aus Fredrikstad propagandistisch ungünstig für Deutschland auswirkt. In diesem Film wird u.a. ein deutscher Manager namens Hahnemann in einer Art dargestellt, wie man früher in den Witzblättern den deutschen Spießbürger karikierte und sich ihn im Ausland entsprechend vorstellte. Gerade weil dem Darsteller des Hahnemann im Grunde keine komische Rolle zugebracht ist, wirkt er umso lächerlicher, wobei versteckte Anspielungen auf die durch den Krieg bedingten Verhältnisse seine Figur offenbar besonders aktuell machen sollen. So entschuldigt er sich z.B. wegen eines lauten Rülpsens damit, "er sei das gute Essen in Stockholm nicht gewöhnt und habe wohl von den guten schwedischen Butterbroten zu viel gegessen".

Der norwegische politische und NS-Propagandafilm "Junger Wille" (vgl. "Meldungen aus Norwegen" Nr. 51 vom 13.2.1943) hat sich - selbst wider Erwarten des Staatlichen Filmdirektorates, das einen Boykott befürchtete - erstaunlich gut durchgesetzt und in Oslo in etwa siebenwöchiger Spielzeit über 30 000 Besucher zählen können. In einem Artikel der "Deutschen Zeitung" vom 3.3.1943 wurde dieses Ergebnis als eine "gesunde Reaktion der Osloer Großstadtbevölkerung, die so lange unter dem Einfluß amerikanischer und englischer Jazzkultur gestanden hat", begrüßt. Der Regisseur, Walter F y r s t , plant nach diesem Erfolg einen weiteren politischen Propagandafilm, und zwar einen Film gegen den Bolschewismus.

Die Nachricht, daß man in Schweden (A.B.Terra-Film) trotz der norwegischen Proteste doch mit der Einspielung eines großen Grieg-Filmes beginnen will, ist in den norwegischen Filmkreisen mit großer Bitterkeit aufgenommen worden. Die norwegische Filmproduktion ist noch nicht so stark, um mit der schwedischen

schon allein materiell - z.B. im Hinblick auf die Exportmöglichkeiten eines solchen Filmes - erfolgreich konkurrieren zu können. Für den geplanten norwegischen Grieg-Film hatte bereits die Bergener Musikgesellschaft "Harmonien" einen Manuskriptwettbewerb vorgeschlagen und einen Preis von 5 000 Kronen zugesichert, den das Staatliche Filmdirektorat noch auf 10000 bis 15 000 Kronen erhöhen wollte. Nunmehr scheinen die norwegischen Pläne aber bis nach dem Krieg zurückgelegt werden zu müssen. Nach einer aus dem Publikum kommenden Anregung (Aftenposten vom 1.4.43) wird übrigens der Gedanke erörtert, diesen Film als den ersten norwegischen Farbfilm zu gestalten. Indessen will man von offizieller Seite in anbetracht der in diesem Jahre stattfindenden Grieg-Feiern auch vom Film her einen Beitrag leisten und wenigstens einen Kurzfilm über Grieg-Erinnerungen herausbringen. Als Regisseur hierfür ist Walter Fyrst vorgesehen.

Ein steigendes Interesse macht sich dagegen für die deutschen Kulturfilme bemerkbar. Dies konnte besonders in Oslo beobachtet werden, wo seit Ende November vorigen Jahres ein Lichtspieltheater als ausgesprochenes Tageskino eingerichtet wurde, in dem in der Zeit von 11 - 18,30 Uhr in pausenlos wiederholter Folge die deutsche Auslandswochenschau, die norwegische Wochenschau, das Europa-Magazin und jeweils 2 oder 3 Kulturfilme gezeigt werden. Die Kasseneinnahmen haben hier bisher eine ständig steigende Linie aufgewiesen und sind inzwischen von 1 500 Kronen auf durchschnittlich 4 000.- bis 5 000.- Kronen wöchentlich angewachsen. Unter den hier gezeigten Kulturfilmen findet namentlich die leichtere und unterhaltende Art den Beifall des Publikums. Filme wie beispielweise der Ufa-Farbfilm "Bunter Reigen" mit den Tanzdarbietungen der Geschwister Höpfner oder "Tanz und Akrobatik", Tierfilme wie "Der Instinkt bei den Tieren" und "Kamerad Pferd" oder Sportfilme wie z.B. der Kampf um die Europameisterschaft im Mittelgewicht zwischen dem Niederländer von Dam und dem Deutschen Besselmann wurden als Erlebnisse bezeichnet und dürfen nach den Zeitungskritiken und Publikumsäußerungen übereinstimmend mit den sonstigen Erfahrungen als das anzusprechen sein, was sich die Mehrheit des norwegischen Filmpublikums wünscht.

über //
Syl

Obwohl im allgemeinen bei der deutschen (Auslands)-Wochenschau seitens der norwegischen Zuschauer den Kriegsbildern nur geringes Interesse entgegengebracht wird, haben doch in dem in der letzten Zeit gebrachten Material eine Reportage über den Kampf der deutschen U-Boote im Nord-Atlantik (Wochenschau Nr. 600) und die Bilder von den Zerstörungen in Berlin durch die Terrorangriffe der englischen Flieger (Wochenschau Nr. 601) die stärksten Eindrücke hinterlassen. Daneben fanden namentlich Sportreportagen, wie z.B. die Aufnahmen von dem Eiskunstlauf des Ehepaars Baier, ein dankbares Publikum. Die Bilder von der Ostfront dagegen gaben bereits mehrfach entsprechend der überwiegend gegnerischen Einstellung der Norweger Anlaß zu abfälligen oder ironischen Bemerkungen wie etwa: "Jetzt kommen die Bilder vom siegreichen Rückzug".

Die seit dem August 1941 aufgenommenen norwegischen Wochenschauen, von denen jetzt die 53. Folge läuft, finden nach wie vor in der Kritik wie beim Publikum wenig Anklang. Eine Ausnahme machte nur die als Jubiläumsnummer gedrehte 50. Wochenschau, die von der Kritik positiver besprochen wurde.

Entsprechend der allgemein steigenden Tendenz im Kinobesuch sind Kinostreiks immer seltener geworden. So sind in der letzten Zeit nur in Odda und Lillehammer derartige Versuche unternommen worden. In Odda kam es wegen der Verurteilung von aus Odda und Tysedal stammenden Kommunisten erneut zu einem Kinostreik, zu dem durch Flüsterpropaganda aufgefordert wurde. Einer der Hintermänner wurde verhaftet. In Lillehammer wird seit längerer Zeit der Boykott deutscher Filme propagiert und durchgeführt. Der Grund hierfür soll die Tatsache sein, daß seinerzeit nach dem Fall von Stalingrad verschiedene Veranstaltungen unterhaltender Art abgesagt wurden. Beide Fälle werden weiter beobachtet.

2) Verwaltung und Recht.Verwaltung.

In kommunalen Verwaltungsfachkreisen wird die Forderung nach einer baldigen Reform der bisherigen Gemeindegesetze immer dringlicher erhoben. Insbesondere sind es gerade die tatkräftigen und verantwortungsbewussten Bürgermeister, die darauf hinweisen, dass die konsequente Durchführung des Führerprinzips die unbedingte Forderung des Tages sei. Man hofft, dass die bereits seit mehr als Jahresfrist an der Ausarbeitung einer neuen Gemeindeordnung beschäftigte Kommission noch in diesem Jahr zum Abschluss ihrer Arbeiten gelangt. In Städten mit sog. Raadmännern (nach der D30 Beigeordnete) wird von Bürgermeisterseite immer wieder darauf hingewiesen, dass die Stellung des Raadmannes, der als Beamter auf Lebenszeit tätig ist, im Vergleich zum Bürgermeister mehr oder weniger untragbar ist. Nach der Verordnung über die Änderung der Gemeindeverwaltungsgesetze vom Dezember 1940 ist der Bürgermeister zwar zum verantwortlichen Leiter der Gemeinde bestellt worden, jedoch blieb die direkte Verantwortungspflicht des Raadmannes gegenüber dem Departement (und zwar über den Fylkesmann) von der Neuordnung unberührt. Die Lage ist sonach die, dass das Departement dem Raadmann, als dem unmittelbarsten und wichtigsten Mitarbeiter des Bürgermeisters, direkte Weisungen erteilt, ohne dass der Bürgermeister davon unterrichtet wird oder etwa in der Lage ist, gegebenenfalls seiner gegenteiligen Ansicht Ausdruck zu verleihen. Diese Durchbrechung des Führerprinzips wird norwegischerseits verschiedentlich als besonders hemmend empfunden, da dadurch die Eigeninitiative des Bürgermeisters ganz wesentlich eingeschränkt wird. Es mag verständlich erscheinen, wenn in Bürgermeisterkreisen auf diese sich widersprechende Rechtslage hingewiesen wird. Von einer Gesamtverantwortlichkeit des Bürgermeisters kann unter den jetzigen Umständen keinesfalls gesprochen werden.

Ministerpräsident Quisling hat am 25. März ein Gesetz über Massnahmen gegen Verbrecher unterzeichnet, das Bestimmungen über die polizeiliche Aufsicht und Sicherheitsverwahrung enthält.

Der Polizeipräsident kann denjenigen unter polizeiliche Aufsicht stellen, der mindestens dreimal für Verbrechen mit Gefängnisstrafe belegt worden ist, wobei das letzte Verbrechen nicht länger als fünf Jahre zurückliegen darf. Wer nach den §§ 39 und 39a zu Gefängnis verurteilt worden und nach Verbüßung der Strafe freigelassen worden ist, bleibt in jedem Falle unter polizeiliche Aufsicht gestellt.

Mit Zustimmung des Polizeidepartements kann in Sonderfällen auch polizeiliche Aufsicht verhängt werden, wenn diese Voraussetzungen nicht vorliegen, man sie aber im Interesse der öffentlichen Sicherheit für nötig hält.

Einer Person, die unter polizeilicher Aufsicht steht, kann der Polizeipräsident eine Reihe von einschneidenden Vorschriften machen. So darf er ohne polizeiliche Erlaubnis die Kommune und die bei der Polizei gemeldete Wohnung nicht zwischen 23 und 5 Uhr verlassen. Ausserdem kann verlangt werden, dass er den Schlüssel zur Wohnung bei der Polizei abgibt. Ferner kann der Polizeipräsident bestimmen, dass eine unter polizeiliche Aufsicht gestellte Person zu bestimmten Tageszeiten ihre Wohnung nicht verlassen darf und bei Veränderung der Wohnung und des Arbeitsplatzes diese binnen 24 Stunden melden muss.

Der Polizeipräsident kann dem unter Aufsicht Gestellten weiterhin bestimmte Lokale, den Aufenthalt in ihrer Nähe, alkoholhaltige Getränke, den Verkehr mit bestimmten Personen, ihre Beschäftigung oder Beherbergung verbieten. Diese Bestimmungen dürfen ihn jedoch nicht - ausser, wenn es nötig ist - daran hindern, seiner Arbeit nachzugehen.

Die polizeiliche Aufsicht kann für einen bestimmten Zeitraum oder für unbestimmte Zeit verhängt werden. Nach Ablauf eines Jahres soll der Polizeipräsident prüfen, ob Gründe zur Abänderung der gegebenen Verbote vorliegen. Aufhebung der polizeilichen Aufsicht kann nur mit Zustimmung des Polizeidepartements geschehen. Gegebenenfalls kann beim Polizeidepartement Berufung eingelegt werden.

- 34 -

Das Gesetz enthält ferner Bestimmungen über Sicherheitsverwahrung. Diese tritt in Kraft, wenn jemand sich grober oder mindestens zweimaliger absichtlicher oder fahrlässiger Verstöße gegen eine Verordnung schuldig gemacht, oder während der Zeit der polizeilichen Aufsicht eine strafbare Handlung begangen hat. Ferner, wenn jemand mindestens dreimal für Verbrechen mit Gefängnisstrafen von sechsmonatiger oder längerer Dauer belegt worden ist.

Das letzte Verbrechen darf nicht mehr als fünf Jahre zurückliegen. In Sonderfällen kann jemand in Sicherheitsverwahrung genommen werden, wenn anzunehmen ist, dass er neue strafbare Handlungen begehen wird oder die Verwahrung zum Schutze der öffentlichen Sicherheit nötig ist.

Die Sicherheitsverwahrung wird auf Vorschlag des Polizeipräsidenten vom Polizeidepartement ausgesprochen. Dem Betroffenen wird die Möglichkeit gegeben, Berufung einzulegen.

Die Sicherheitsverwahrung kann für bestimmte oder unbestimmte Zeit verhängt werden. Nach Ablauf eines Jahres soll das Polizeidepartement prüfen, ob die Sicherheitsverwahrung aufrechterhalten werden muss.

- 35 -

Recht.

Starke Beachtung erregte ein auch in der Presse veröffentlichtes, vom Höchstgericht bestätigtes Urteil, wonach ein Kaufmann, welcher NS-Mitglied war und das Vertrauen der Gemeinschaft missbrauchte, zu 7 Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Der Verurteilte hatte mehrere öffentliche Vertrauensämter inne. Verschiedene Personen zeigte er an, weil sie behauptet hatten, er treibe Schwarzhandel. Es stellte sich jedoch heraus, dass diese Behauptungen zu Recht bestanden. Der Kaufmann wurde wegen Schwarzhandel bestraft und wegen falscher Anschuldigungen vor Gericht gestellt. In den Urteilsgründen wird hervorgehoben, dass man in den jetzigen Krisenzeiten das Prinzip der Generalpräventive besonders stark berücksichtigen und gegen verbrecherische Personen in öffentlichen Stellungen streng vorgehen müsse; denn solche Personen müssten sich in höherem Grade als andere an die geltenden Bestimmungen halten. In Übergangszeiten, wo derartige verbrecherische Elemente das für den Staat notwendige Vertrauen untergraben, gelte das in besonderem Masse. Ausserdem komme erschwerend in Betracht, dass der Angeklagte Mitglied der NS sei und ein enger Zusammenhang zwischen Partei und Staat bestehe. Dieses Urteil dürfte für die norwegische Rechtssprechung, insbesondere hinsichtlich der strafverschärfenden Momente neue Perspektiven aufzeigen. In NS-Kreisen wird dieser Richterspruch vielfach lebhaft begrüsst, weil dadurch das Bestreben, die Partei zu säubern, öffentlich unter Beweis gestellt werde.

e) W i r t s c h a f tErnährungswirtschaft

Mit dem Ziele der Umgehung der Rationierungsbestimmungen in der Lebensmittelversorgung hat sich seit einiger Zeit eine neue Methode entwickelt. Geschäftsleute und Unternehmer, insbesondere solche, die durch die Kriegskonjunktur grosse Vermögen erworben haben, sind bestrebt, kleine oder mittelgrosse Bauernhöfe mit Inventar und Viehbestand aufzukaufen und sich selbst daraus zusätzlich mit Nahrungsmitteln zu versorgen. Um möglichst schnell das Eigentumsrecht an Bauernhöfen durch die Behörden überschrieben zu bekommen, wird den offiziellen Stellen erklärt, die Gefolgschaftsmitglieder erhielten einen Teil des Ackerlandes zur eigenen Bewirtschaftung, um den Betriebsgemeinschaften eine bessere Ernährung zu verschaffen. Dieser Erwerb von Bauernhöfen durch Unternehmer aus Gewerbe und Industrie hat für die Gesamtversorgung sehr nachteilige Folgen. So z.B. ist eine vorher von einem Bauernhof an die zuständige Meierei abgelieferte Jahresmilchmenge von 19 000 Ltr. auf 8 000 Ltr. herabgesunken. Die Belegschaft des betreffenden Unternehmers habe jedoch von zusätzlichen Milch- oder Fettlieferungen nichts bemerkt. Die neuen Hofbesitzer besässen selbst keine landwirtschaftlichen Kenntnisse und hätten daher die bisherigen Eigentümer als Verwalter auf den Höfen belassen. Auf diese Weise trete die Eigentumsübertragung nur nach ausserhin in Erscheinung, wodurch die Entnahme von landwirtschaftlichen Produkten an den Neuerwerber eine offizielle Note erhalte.

Stillegung von Wirtschaftsunternehmen in Verbindung mit dem Gesetz für den nationalen Arbeitseinsatz.

Die erlassenen Gesetze und Durchführungsverordnungen für den nationalen Arbeitseinsatz waren auch in der Berichtszeit Anlass zur allgemeinen Gerüchtebildung innerhalb norwegischer Wirtschaftskreise. Im Vordergrund der Erörterungen steht in erster Linie die Stillegung von nicht kriegsnotwendigen Betrieben und Einzelhandelsgeschäften. Dabei wird der Sorge um Schliessung des eigenen Betriebes zugunsten der Konkurrenz immer wieder Ausdruck verliehen. Inbesondere befürchtet man in Gegnerkreisen, dass die Schliessung von Unternehmen nicht nach sachlichen sondern politischen Gesichtspunkten erfolgt, während man auf NS-Seite darauf hinweist, dass in den Behörden, die mit der Durchführung der Stillegungsmaßnahmen beauftragt sind, zumeist Gegner sitzen, die alles daran setzen würden, Unternehmer, die der NS angehören, zu benachteiligen. Wie aus vorliegenden Berichten hervorgeht, beabsichtigt man seitens der Unternehmer, einer Schliessung von Betrieben mit einer Flut von Eingaben an die verschiedensten Dienststellen zu begegnen, um die Durchführung der Aktion soweit als möglich hinauszuzögern. Man hofft, dass noch in diesem Jahre im Osten oder Westen eine militärische Entscheidung zu Ungunsten Deutschlands fallen wird, die dann doch die getroffenen Massnahmen illusorisch machen würden.

Das Fehlen von Wirtschaftsorganisationen zur praktischen Durchführung der Massnahmen für den nationalen Arbeitseinsatz macht sich gerade jetzt sehr nachteilig bemerkbar. Die Stillegungsaktion in allen Zweigen der Wirtschaft liegt nach der "2. Durchführungsverordnung zum Gesetz über den allgemeinen nationalen Arbeitseinsatz" beim Handelsdepartement, das jetzt mit dem Versorgungsdepartement zu einem einheitlichen "Wirtschaftsdepartement" vereinigt wurde. Durch die Anerkennung von "Norges Handelsforbund" als Wirtschaftsgruppe ist auf dem Gebiete des Handels dieser Verband dem Wirtschaftsdepartement eingegliedert worden. Die Erstellung von weiteren Wirtschaftsgruppen ist geplant. Aufgrund dieses Sachverhaltes werden vermutlich zuerst Einzelhandelsgeschäfte zur Stillegung kommen, da die Vorarbeiten

bereits weitgehend gediehen sind. Es ist vonseiten des "Norges Handelsforbund" geplant, Ortsbeauftragte einzusetzen, die in Zusammenarbeit mit den Dienststellen des Reichskommissariates die Stilllegung von Betrieben im Handel durchführen, während bei der Stilllegung von Industrieunternehmen die zuständigen Fachabteilungen bei den deutschen und norwegischen Behörden eingeschaltet werden. Der Organisation der gewerblichen Wirtschaft soll auch die Verwaltung des Hilfsfonds übertragen werden, der etwa der deutschen Gemeinschaftshilfe der Wirtschaft entspricht. Im übrigen sind gesetzliche Massnahmen in Vorbereitung, die den stillgelegten Betrieben einen Gläubigerschutz und Schutz vor Zwangsvollstreckungen gewähren sollen, sowie insbesondere Vorschriften über die Lösung von Dienstverträgen, Mietverträgen und langfristigen Lieferverträgen stillgelegter Betriebe.

Auch mit Steuerbefreiungen und Steuererleichterungen für solche Betriebe dürfte zu rechnen sein. Ausserdem bereitet das Wirtschaftsdepartement Verordnungen vor, die die Verwaltung der Warenbestände stillgelegter Betriebe betreffen und Ausverkäufe verhindern sollen.

beredigt og foretatt. Det er foresatt at "Norges Handelsforbund" skal utnevne lokale representanter, som i samarbeid med de lokale myndigheter i Reichskommissariatet skal gjennomføre nedleggelsen av handelsvirksomheter. Mens ved nedleggelsen av industrivirksomheter skal de kompetente avdelinger i de tyske og norske myndighetene bli medberørt. Det er også foresatt at den økonomiske hjelpefond skal overføres til den norske handelsindustri, som svarer til den tyske handelsindustri. Videre er det foresatt å utarbeide lover og forskrifter som skal gi beskyttelse for kreditorer og sikre mot tvangsinnkreivning, samt særlig bestemmelser om oppløsning av tjenesteforhold, leieforhold og langvarige leveringsforhold for nedlagte virksomheter. Det er også foresatt å utarbeide bestemmelser som skal gi skattelettelse og skattebefreielse for slike virksomheter. Videre er det foresatt å utarbeide bestemmelser som skal forhindre salg av varer fra nedlagte virksomheter.

Det er også foresatt å utarbeide bestemmelser som skal forhindre salg av varer fra nedlagte virksomheter. Det er også foresatt å utarbeide bestemmelser som skal forhindre salg av varer fra nedlagte virksomheter.

I n d u s t r i e

Nach hier vorliegenden Berichten aus gut informierten norwegischen Wirtschaftskreisen wird mit Hinweis auf die deutsche Forderung nach Produktionssteigerung betont, dass man offenbar deutscherseits den norwegischen Wirtschaftsraum für leistungsfähiger halte, als er tatsächlich sei. Die natürlichen Vorkommnisse Norwegens und die Kapazität seiner Industrie könnten nicht eingesetzt werden, wenn die technischen Voraussetzungen wie z.B. Transportmittel, Maschinen, Unterkünfte für Arbeiter im Zusammenhang mit der Vergrößerung der Unternehmen, fehlten. Durch die Bauvorhaben der Wehrmacht und der OT sei die Transportlage im norwegischen Raum katastrophal geworden. Darunter würden nicht nur die geforderten Erweiterungen auf dem industriellen Sektor, sondern auch die Wehrmachts- und OT-Bauvorhaben leiden. Es sei gerade in den letzten Monaten klar zu erkennen gewesen, welche Entwicklung die norwegische und norwegisch-deutsche Industrie nähme. Als Musterbeispiel sei die Stilllegung eines grossen Teiles der Nordag anzuführen. Augenscheinlich habe man sich deutscherseits im wirtschaftlichen Ausbau Norwegens übernommen. Das zeige die grosse Zahl der Betriebe, die nach der bisherigen Planung als besonders vordringlich und kriegswichtig bezeichnet würden. Die Folge davon war ein gegenseitiges Abjagen von Arbeitskräften durch die Unternehmer, die darüberhinaus mit rechtmässigen und unrechtmässigen Methoden versuchten, sich Transportraum zu sichern, um Maschinen und Material zu beschaffen. Sowohl hinsichtlich der Arbeitskräfte als auch des Materials würde eine Lücke gestopft und eine andere aufgerissen. Eine Abstellung dieser Zustände sei nur möglich, wenn eine gesunde Planung herbeigeführt würde. Bei den bestehenden Voraussetzungen könnten nur die allerwichtigsten Vorhaben zur Ausführung kommen und müssten dafür alle zur Verfügung stehenden Mittel eingesetzt werden. Weniger wichtige Objekte müssten vorerst stillgelegt und der weitere Ausbau zu einem späteren Zeitpunkt vorgenommen werden. Falls keine Änderung der bisherigen Verhältnisse herbeizuführen sei, wäre damit zu rechnen, dass die Fertigstellung der geplanten Vorhaben sich immer mehr hinauszöge. Wie gross der Kreis ist, der sich mit den obengeschilderten Verhältnissen beschäftigt, geht u.a. aus einer

Notiz des "Svenska Dagbladet" vom 4.4.43 hervor, in dem es u.a. heisst:

"Aus Drontheim wird gemeldet, dass die deutschen Militärbehörden die aufsehenerregende Massnahme getroffen haben, einen Teil der militärischen Arbeiten, die seit langer Zeit vor sich gehen, einzustellen. Das gilt in erster Linie den Anlagen am Öis-Hafen in der Nähe von Melhos südlich von Drontheim, wo man zuerst an einem Flugplatz und dann an einem U-Boot-Hafen arbeitete. Die grossen Bauvorhaben am Öis-Hafen, wo sich ein alter Exzerzierplatz befand, sind jetzt eingestellt worden, trotzdem die Anlagen nicht entfernt fertig sind. U.a. hat man angefangen, das besondere Eisenbahngleis, das die Deutschen nach Öis-Hafen angelegt hatten, wegzureissen. Die 5 Lokomotiven, die für diese spezielle Eisenbahnstrecke bestimmt waren, sind fortgesandt worden. Die Arbeit beim Ausbau der grossen U-Boot-Basis im neuen Hafen in Drontheim wird mit tausenden von Arbeitern vieler verschiedener Nationalitäten fortgesetzt. Es wird auch bestätigt, dass alle deutschen Anlagen zum Ausbau der Wasserfälle sowie zum Bau von Aluminium-Fabriken mit zwei Ausnahmen eingestellt worden sind. Ein norwegischer Ingenieur, der bei einer dieser grösseren Anlagen arbeitete, hat erklärt, dass die Arbeit sozusagen von selbst aufhörte. Man hatte keine fachlich ausgebildeten Leute und kein Essen für die Arbeiter und es kam auch keine neue Zufuhr an Eisen und Zement. Am schwersten war es jedoch mit Benzin und Öl."

B e r g b a u

Bei den Knabengruben ist nach der infolge des Bombenangriffs eingetretenen starken Schockwirkung unter der Arbeiterschaft wieder eine Beruhigung festzustellen. 140 von 200 abgewanderten Arbeitern sind inzwischen wieder an ihrem Arbeitsplatz erschienen. Der Rest wird in Kürze dem Betrieb wieder zugeführt werden. Die sofort nach dem Bombenangriff durchgeführten sozialen Massnahmen wie z.B. Auszahlung der Schwerstarbeiterzulage, Aufstellung von Radiogeräten in den Gemeinschaftsräumen sowie Kino- und KdF-Vorführungen, haben zu einer Verbesserung der Stimmung in der Arbeiterschaft beigetragen. Die Arbeiter zeigen mehr als früher den Willen zur Mitarbeit und sind bemüht, möglichst rasch die vorhandenen Schäden zu beheben.

Schiffahrt

Nachdem in den letzten Wochen wieder mehrere für den deutsch-norwegischen Waren- und Nachschubverkehr dringend benötigte Schiffe ausgefallen sind und der Bedarf an Gütern insbesondere für die OT, Wehrmacht und kriegswichtige Industrie nicht kleiner geworden ist, hat sich die allgemein schwierige Lage in der Schiffahrt noch mehr verschärft. Im inneren norwegischen Verkehr ist es in der Berichtszeit kaum möglich gewesen, die Hälfte der ladebereiten Güter zu transportieren. Nicht einmal der notwendige Transportraum für ausreichende Einfuhren von Kohle, die für die kriegswichtige Industrie unbedingt erforderlich ist, konnte zur Verfügung gestellt werden.

U.a. wurden beispielsweise während der Berichtszeit von der Zementindustrie Stimmen laut, die darauf aufmerksam machten, dass infolge von Schiffsraummangel die Absatzschwierigkeiten immer grösser werden und zu Betriebseinschränkungen zwingen. Die vorhandenen Lagerschuppen sind überfüllt, weitere Unterbringungsmöglichkeiten aber nicht vorhanden. Der Neubau von Lageräumen ist wegen Materialschwierigkeiten nicht durchführbar. Ähnliche Verhältnisse werden aus den Ziegelwerken berichtet. So hat die Ziegelei "Bø Teglverk A/S Nestun", die mit der Nordag einen Liefervertrag über 4 Millionen Ziegelsteine abgeschlossen hat, wegen Mangel an Transportraum bereits 1 1/2 Million fertige Steine auf Lager. Bevor nicht diese Steine abtransportiert werden, kann die Produktion nicht fortgesetzt werden.

Der vor kurzem in deutschen und norwegischen Zeitungen erschienene Artikel des Gauwirtschaftsberaters Senator Otte, Leiter der Hauptabteilung Volkswirtschaft beim Reichskommissariat, über "die Zukunft der norwegischen Schiffahrt" hat in Reederkreisen erhebliches Aufsehen erregt und augenscheinlich zu Missverständnissen Anlass gegeben. Besonders die in dem Artikel gemachten Ausführungen zur zukünftigen Typisierung auf die Grössenklassen von 2 bis 3000 Tonnen in der norwegischen Schiffahrt fanden grösste Beachtung. In Schiffahrtskreisen erklärt man, dass eine derartige Typisierung auf 2 - 3000 Tonnen Schiffe das Ende der norwegischen Überseeschiffahrt bedeuten und die norwegische Schiffahrt für alle Zeiten von den Weltmeeren ausschalten würde. Überseedampfer von 8000 Tonnen und mehr hätten bisher das Hauptinteresse der norwegischen Reeder gefunden.

~~Eine Umstellung im Sinne des Artikels von Senator Otte würde einen Dolchstoß vonseiten Deutschlands der norwegischen Schifffahrt gegenüber gleichkommen. Da man den Artikel als eine amtliche Verlautbarung auffassen müsse, so erkenne man auch hieraus wiederum die wahren Absichten der deutschen Politik. Der Nationalsozialismus bzw. das grossgermanische Reich sei nichts anderes als eine Gewaltherrschaft Deutschlands über die kleinen Völker. Die skandinavischen Völker seien alle nahe daran, ähnlich wie in der Hanseatenzeit, der deutschen Politik zum Opfer zu fallen. Alle Reeder und Schifffahrtskreise sowie auch der überwiegende Teil des norwegischen Volkes würden sich im Kampfe um die Existenzberechtigung des norwegischen Volkes einer derartigen oder ähnlichen Entwicklung widersetzen. Es sei unverständlich, dass Senator Otte in seinem Artikel von "an Norwegen grenzende Gebiete des Atlantischen Ozeans, der Nordsee und der Ostsee als natürliche Aufgaben der norwegischen Schifffahrt für die Zukunft" sprechen könne. Bisher sei die weite Welt das Betätigungsfeld der norwegischen Reeder gewesen und man müsse sich fragen, wo die Privatinitiative bleibe, die Senator Otte am Schluss seines Artikels unterstreiche. Auch in NS-Wirtschaftskreisen wurde der Artikel häufig angegriffen und als Belastung für die NS angesehen.~~

In Vertretung



H-Obersturmbannführer